

FreiBrief aus Berlin

9/2016



Sehr geehrte Damen und Herren,

vor der politischen Sommerpause hat die unionsgeführte Bundesregierung den Bundeshaushalt für das kommende Jahr beschlossen. Ich bin sehr froh, dass wir ein weiteres Jahr ohne neue Schulden auskommen werden. Solide Finanzen sind die Grundlage für eine generationengerechte Politik. Gleichzeitig schärfen wir den Blick für die künftigen Herausforderungen, in dem wir beispielsweise mehr Mittel für Bildung und Forschung, für Verkehr und Infrastruktur sowie für die Innere Sicherheit ausgeben werden.

In den kommenden Monaten geht es unter anderem darum, im Zuge der parlamentarischen Beratungen anlässlich der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplanes die wichtigen Infrastrukturprojekte für unsere Region voranzubringen. Ich bin zuversichtlich, dass es nach den Straßenbauprojekten des Wahlkreises auch bei der für uns so wichtigen Gäubahn noch gelingen wird, sie in den vordringlichen Bedarf zu bringen.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Bundestagsbüro besucht den Wahlkreis</i>	6
<i>Politische Bildungsfahrt in die Bundeshauptstadt</i>	7

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Als Union sorgen wir für die notwendige Sicherheit in unserem Land

Als CDU nehmen wir die Sorgen der Menschen angesichts der jüngsten Ereignisse in Deutschland sehr ernst. Schließlich ist die Sicherheit eines jeden einzelnen Bürgers ein Grundrecht, für das der Staat zu sorgen hat und das nicht verhandelbar ist. Nach jahrelangem Stellenabbau und vielen Sparrunden ist es richtig, dass wir angesichts der mit Flüchtlingswelle und Terrorgefahren verbundenen Herausforderungen das Ruder wieder herumreißen. Wir sind zwar bereits einige wichtige Schritte gegangen, indem wir im Haushalt bereits eine deutliche Erhöhung der Stellen beim Bundeskriminalamt und der Bundespolizei sowie dem Bundesamt für Migration, eine Ausweitung der behördlichen Befugnisse und die Straffung vieler bürokratischer Vorgänge beschlossen haben. Dennoch ist es nur konsequent, wenn wir den eingeschlagenen Weg weitergehen. Dabei darf es keine Denkverbote geben, solange das Ziel des Schutzes der deutschen Staatsbürger weiter verbessert werden kann. Thomas de Maiziere gibt mit seinen Vorschlägen die richtige Richtung vor. Die Schaffung weiterer Stellen im Bereich von etwa 5.000 Beamten auf Bundesebene ist ein guter zweiter Schritt, um mehr Präsenz auf die Straßen zu bringen, generell jeglicher Kriminalität mehr entgegenzusetzen und im Bereich der Terrorabwehr besser gerüstet zu sein, um Razzien durchzuführen und Gefährder enger zu überwachen. Genauso richtig sind seine Vorschläge zur Verschärfung des Straf-, Asyl- und Staatsbürgerrechts. Wer unsere Ordnung gefährdet und unsere gesellschaftlichen Regeln mit Füßen tritt oder bei der Integration nicht entsprechend mitwirkt, verwirkt sein Asylrecht oder auch das Privileg der deutschen Staatsbürgerschaft und muss das Land zum Schutz der Allgemeinheit schnell verlassen und strafrechtlich verfolgt werden. Solche Fälle müssen wir mit der ganzen Härte des Rechtsstaats treffen. Und wenn wir dies im Moment nicht können, dann müssen wir neue Regeln schaffen und mehr Polizisten zur Durchsetzung einstellen. No-Go-Areas wie in manchen Städten dürfen keine Zukunft mehr haben. Das gleiche gilt

für die zum Teil harsche Ablehnung der Vorschläge der Unions-Innenminister. Burka, Niqab und Hijab gehören für mich nicht zu unserer Gesellschaft. Sie stehen im Kontrast zu den Werten, die unser Land ausmachen. Natürlich kann jeder Bürger seiner Religion im privaten Nachgehen, aber im öffentlichen Raum haben solche Dinge nichts zu suchen. Wenn die Mehrheit der Menschen dies ablehnt, dann ist dafür kein Platz in unserem Land.

Türkei entwickelt sich weg von Europa



Mit Sorge betrachte ich die Entwicklungen in der Türkei. Damit sind nicht notwendige und verhältnismäßige Maßnahmen zur Bewältigung des abgewendeten Putschversuchs gemeint. Deutschland hat den Putsch sofort auf das Schärfste verurteilt. Aber richtig war, dass wir die Wahrung rechtstaatlicher Prinzipien bei der Aufarbeitung der Geschehnisse eingefordert haben. Dazu hat sich Ankara als EU-Beitrittskandidat schließlich bekannt. Es ist für mich aber zutiefst befremdlich, wie und in welchem Duktus sich Präsident Erdogan und seine Ministerriege gegenüber den westlichen Partnern und insbesondere Deutschland äußern – nicht erst seit dem Putsch. Dies alles nur mit innenpolitischem Druck zu begründen, ist für mich keine akzeptable Rechtfertigung. Gegenseitiger Respekt ist die Grundlage für einen konstruktiven Umgang. Das gilt für die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, wie auch für den Beitrittsprozess zur EU. Das Treffen mit Putin und die Erneuerung der haltlosen Kritik in Richtung EU und USA setzen dem Ganzen das sogenannte i-Tüpfelchen auf.

Für einen NATO-Partner ist ein derartiges Verhalten inakzeptabel. Die Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen macht vor diesem Hintergrund keinen Sinn. Sie sollten sofort beendet werden. Jedenfalls sollte Deutschland der Aufnahme weiterer Beitrittskapitel widersprechen. Die bloße Aussicht auf das Halten des Flüchtlingspakts darf uns in dieser Hinsicht nicht erpressbar machen. Als Wertegemeinschaft hat die EU eine Verpflichtung. Nicht weniger gefährlich erachte ich die innenpolitischen Auswirkungen der Geschehnisse in der Türkei bzw. der Polarisierung durch Präsident Erdogan in Deutschland. Wenn sich Türken und Kurden in Deutschland offen anfeinden und damit die Sicherheit der deutschen Staatsbürger oder die öffentliche Ordnung gefährden, dann müssen wir diesem Treiben entschlossen entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang ist für mich höchst befremdlich, mit welcher Emotionalität, Argumentation und öffentlicher Zur-Schau-Stellung türkischer Nationalsymbolik sich hierzulande deutsche Staatsbürger für die Türkei und die unhaltbaren Zustände starkmachen. Hier stelle ich mir die Frage, ob es wirklich grundgesetzlich geschützt sein soll, dass aus Ankara gelenkte türkische Politik auf deutschen Straßen und Plätzen zulässig sein soll. Unseren eigenen Interessen und den Interessen unserer Bevölkerung dienen solche Demonstrationen sicherlich nicht.

[Thorsten Frei diskutiert Brexit-Auswirkungen mit dem neuseeländischen Botschafter](#)



Der Brexit beschäftigt nicht nur die EU, sondern schlägt weltweit hohe Wellen. Das betrifft selbst das ferne Neuseeland, das zusammen mit seinem Nachbarn Australien als sogenannter Commonwealth-Staat traditionell enge Verbindung zum

ehemaligen Mutterland Großbritannien pflegt. Diese Verbindung sorgt auch dafür, dass die Exportbeziehungen für Handelswaren und Dienstleistungen in die EU größtenteils über London abgewickelt werden. Mit dem Austritt Großbritanniens aber ist das Tor zur EU absehbar geschlossen. Folglich muss auch Neuseeland mit dem tatsächlichen Vollzug des Brexits die eigenen EU-Beziehungen überdenken und neu ordnen. Mögliche Handlungsoptionen und Lösungsmöglichkeiten waren dann auch der Kern eines Gesprächs, das ich mit dem neuseeländischen Botschafter in Berlin, S.E. Peter Rodney Harris im Deutschen Bundestag führte. Bei dem Austausch, der eine Fortsetzung unserer bisherigen Gespräche markiert, haben wir vor allem die Möglichkeit eines eigenständigen Handelsabkommens zwischen Neuseeland und der EU diskutiert, wobei auch unseren neuseeländischen Partnern klar ist, dass die Verhandlungen mit London derzeit Priorität haben und in den kommenden Jahren die Kapazitäten der EU binden werden. Zumal der Handel mit Australien und Neuseeland nicht einmal 2 % des EU-Handelsvolumens ausmacht. Darüber hinaus sprach ich mit Botschafter Harris über die Bekämpfung des internationalen Terrors, sicherheitspolitische Fragen in Bezug auf den südostasiatischen Raum und die Bewältigung der weltweiten Migrationsströme.

[Aktuelles aus dem Wahlkreis](#)

[Fürstlich Fürstenbergisches Altenheim in Hüfingen seiner Zeit voraus](#)



Der demografische Wandel ist eine der Kernherausforderungen unserer Zeit. Deshalb betonte ich bei der Einweihung des zweiten Erweiterungsbaus am Fürstlich-Fürstenbergischen Altenheim in Hüfingen, dass es in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger wird, im

Sinne der Menschen innovative und passgenaue Konzepte und Lösungen anzubieten, um der zunehmenden Individualität auch im Bereich von Betreuung und Pflege gerecht zu werden. Wir brauchen einen Perspektivwechsel weg von der reinen Pflege hin zu einer hochwertigen Dienstleistung, da immer mehr Menschen auch im fortgeschrittenen Alter ihren Tag möglichst selbstbestimmt verbringen möchten. Mit einem passgenauen Konzept hat das Altenheim in Hüfingen aus meiner Sicht frühzeitig auf Vorgaben des Landes reagiert und die Struktur der Einrichtung auf Wohngruppen und die geforderten Einzelzimmer umgestellt. Unser Ziel muss es weiter sein, die Abläufe zu entbürokratisieren, die Personalausstattung zu verbessern und die soziale Pflegeversicherung kontinuierlich weiter zu entwickeln. Das erreichen wir mit den drei im Bundestag verabschiedeten bzw. gerade in der Beratung befindlichen Pflegestärkungsgesetzen für Pflegebedürftige, an Demenz Erkrankte, die Mitarbeiter der Pflegeeinrichtungen aber vor allem auch die Angehörigen und Familien der Betroffenen. Am Ende brauchen wir eine zukunfts- und bedarfsorientierte Pflege einerseits und eine flächendeckende Versorgung mit ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten andererseits. Dies gelingt im ländlichen Raum, in unserer Region und besonders in Hüfingen in außergewöhnlicher Weise.

Rohrbach im Schwarzwald feiert 700-jährigs Bestehen



Unter dem Motto "Das Dorf feiert, die Region ist eingeladen." feierte Furtwangen-Rohrbach das 700-jährige Bestehen. Bei „Kaiser-Wetter“ ließ ich es mir nicht nehmen, den Bürgerinnen und Bürgern zu diesem tollen Jubiläum herzlich zu gratulieren und auf die Historie des Dorfes zurückzublicken. Während vor über sieben Jahrhunderten nur ein paar wenige Menschen das

Rohrbachtal besiedelt haben, hat sich die Gemeinde seit dem stetig weiterentwickelt. Als vitales Dorf trägt Rohrbach aktiv zur Lebensqualität der Menschen bei, lebt kommunale Selbstverwaltung und erschöpft die Möglichkeiten für den Ort. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen das Heft des Handels einfach selbst in die Hand und gestalten ihre Heimat damit proaktiv. Deshalb können wir mit Zuversicht in die Zukunft unseres ländlichen Raums und der Furtwanger Teilgemeinde blicken.

CDU-Senioren-Nachmittag in Donaueschingen



Beim Seniorennachmittag der CDU Donaueschingen erläuterte ich den 50 anwesenden Gästen im gutbesuchten Mariensaal die aktuellen Themen und Herausforderungen, die Europa und vor allem Berlin momentan bewegen. Durch die drei Asylgesetzkpakete, die der Deutsche Bundestag innerhalb kürzester Zeit verabschiedet hat, konnten wir die mit den 1,1 Millionen Flüchtlinge einhergehenden Probleme weitestgehend lösen und wichtiger noch den weiteren Zugang deutlich reduzieren. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des „Brexit“ skizzierte ich im Anschluss ebenso wie den erreichten Kompromiss bei der Erbschaftssteuer und den vorgestellten Haushaltsplan für das Jahr 2017. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir weiter konsequent daran arbeiten, bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode am Ende des Jahres 2021 unsere Staatsverschuldung unter die Marke von 60% unseres Bruttoinlandsprodukts zu senken. Dabei dürfen wir nicht vergessen, in Infrastruktur, Innovation und Forschung zu investieren, um unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Welt und damit unseren gesellschaftlichen Wohlstand auch für kommende Generationen zu sichern.

Blick hinter die Kulissen des Mariahof Hüfingen



Um einen fundierten Einblick in die Abläufe und Konzepte zur Betreuung, Beschulung und Förderung von Kindern mit vordiagnostizierten psychiatrischen Störungsbildern zu bekommen, besuchte ich mit Gesamtleiter Klaus Landen Mariahof Hüfingen, eine heilpädagogische Einrichtung der Jugendhilfe in freier Trägerschaft der Caritas, die an verschiedenen Standorten aktuell 650 Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren betreut. Beim Rundgang durch die Einrichtung und im Gespräch mit einigen Erziehern und Lehrern wurde dabei sehr deutlich, dass das Konzept der intensiven, individuellen, teilweise praktizierten 1:1-Betreuung entlang streng automatisierter Handlungsschemata den Kindern Sicherheit, Geborgenheit und Wertschätzung entgegenbringt und sie da abholt, wo sie tatsächlich stehen. Angesichts des breiten Spektrums der Einschränkungen durch ADHS, Autismus-Spektrum-Störungen, Bindungs- und emotionaler Störungen oder Störungen des Sozialverhaltens brauchen wir die differenzierten Hilfeangebote in stationären Wohngruppen, in Tagesgruppen, beim betreuten Wohnen und in Form der sozialpädagogischen Familienhilfe für Kinder mit besonderem pädagogisch-therapeutischen Bedarf. Jedes Kind ist trotz genetischer Vorbelastungen ein Produkt seines Umfeldes und nicht per se hoffnungslos. Das zeigt der Erfolg der Einrichtung und ihrer Konzepte besonders in der steigenden Nachfrage aus ganz Deutschland nach qualifizierten Betreuungsplätzen speziell für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung.

50 Jahre Realschule Donaueschingen – ein Konzept, das nie in die Jahre kommt

Anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen Jubiläum der Realschule Donaueschingen betonte ich die besondere Bedeutung einer Schulform mit Aufstiegspotential, die ihre Schülerinnen

und Schüler auf die Herausforderungen des Lebens bestens vorbereitet, Stärken ausbaut und Schwächen mit leistungsdifferenzierten Förderangeboten angeht, einen guten Übergang in die Berufswelt ermöglicht oder auch auf die Anforderungen des beruflichen Schulwesens optimal vorbereitet.



Die Realschule Donaueschingen ist ein erstklassiges Beispiel für leistungsdifferenzierte Lernangebote, Kompetenzorientierung und die enorme Durchlässigkeit in andere Bildungsgänge bis hin zum Abitur. Mit Blick auf den demografischen Wandel, die Stärkung des Dualen Systems in der Ausbildung und die Sicherung der Fachkräfte in Handwerk und Wirtschaft ist die verbesserte Ausstattung und Unterstützung der über 500 Realschulen im Land ein klares Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft und Erfolgsgarant für gelingende Schulbiografien im ländlichen Raum. Mit bilingualem Unterricht, langjährigen Schüleraustauschen mit Saverne und Cincinnati, Trekking-, Bläser- und iPad-Klassen sowie hoch-effizienten Bildungspartnerschaften zu international aufgestellten Unternehmen der Region fördert die Realschule die Kompetenzen und Basisqualifikationen, die Realschulabgänger zu begehrten Azubis machen. Den Realschulen in der Region gelingt das besonders gut. Im Gegensatz zum Landesschnitt von 17 % wechseln im Schwarzwald-Baar-Kreis knapp 38 % der Viertklässler an eine Realschule und damit mehr als an ein Gymnasium. 70 % der Abiturienten an den beruflichen Gymnasien im Kreis sind ehemalige Realschüler. Damit wird deutlich, warum der mittlere Bildungsabschluss auch künftig der häufigste in Baden-Württemberg bleiben wird und wir weiter alles dafür tun müssen, dieses erfolgreiche Konzept langfristig zu stärken.

Spatenstich für den Radweg Wolfach-Kirnbach-Gutach



Der besondere Stellenwert einer funktionierenden interkommunalen Zusammenarbeit wurde vor kurzem beim feierlichen Spatenstich für das letzte, 1,5 km lange Teilstück des Radwegeprojektes "Mittleres Kinzigtal" am Ortseingang von Wolfach-Kirnbach besonders deutlich. Mit einem Investitionsvolumen von über 700.000 €, bei einer Landesförderung der Maßnahme von 61 %, setzen die Region und die drei Gemeinden Gutach, Hausach und Wolfach mit diesem letzten Lückenschluss im Radwegenetz ein deutliches Zeichen. Nach all den Schwierigkeiten in Planung und Grunderwerb ermöglichen die drei Kommunen mit Zielstrebigkeit, Durchhaltevermögen und ihrer bedeutenden finanziellen Beteiligung am Projekt eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum, beweisen infrastrukturelle Weitsicht, schaffen Standortfaktoren und investieren in touristischen Mehrwert. Dabei spielt vor allem die gleichzeitig erfolgende Vorbereitung einer Breitbandverbindung mittels Glasfaser zum mittelfristigen Anschluss jedes Schwarzwaldhofes an das schnelle Internet eine zentrale Rolle. Am Ende steht ein klares Fazit: Interkommunale Zusammenarbeit verbindet und ist im ländlichen Raum ein Erfolgsrezept für den demografischen Wandel.

CDU Hausach diskutiert die aktuellen politischen Herausforderungen



Rede und Antwort zu den drängenden Themen in der Welt, Europa, Deutschland und im oberen Kinzigtal stand ich den zahlreich anwesenden Mitgliedern des CDU-Stadtverbandes Hausach im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung. Dabei skizzierte ich ausführlich die Ursachen des zunehmenden islamistischen Terrors, die Auswirkungen der Flüchtlingskrise und die Grenzen der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Ebenso die Folgen der britischen Entscheidung zum "Brexit" unter sicherheitspolitischen Aspekten und die Lehren in Folge der Aufarbeitung einer krachenden Niederlage bei der Landtagswahl im März. Mein besonderes Augenmerk an diesem Abend lag aber in einer breit aufgestellten, nachhaltigen und generationsgerechten Ausrichtung unserer CDU. Ich machte deutlich, dass wir wieder mehr politische Verantwortung junger Erwachsener, eine bessere Parteienbindung, flexiblere Rentenlösungen, punktgenauere Infrastrukturinvestitionen und eine effizientere Förderung innovativer, junger Unternehmen am Markt brauchen, um unseren Lebensstandard langfristig zu sichern und die Lebensqualität in den Ballungsgebieten wie in der Fläche zu erhalten.

Bundestagsbüro besucht den Wahlkreis

Zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode besuchten meine Berliner Mitarbeiter Christian Friedrich und Yvonne Witzmann für vier Tage den Wahlkreis, um sich aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen und zahlreichen Projekte vor Ort zu informieren und auszutauschen. Mir ist wichtig, dass alle meine Mitarbeiter in Berlin ebenso Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis sind wie ihre Kollegen hier vor Ort. Deshalb nutzten wir die Gespräche bei den Bürgermeistern Markus Keller in Blumberg und Jürgen Guse in Bräunlingen, um uns über die anstehenden Projekte in ihren Städten auszutauschen. Das Gespräch bei Landrat Sven Hinterseh über den aktuellen Stand der kreisweiten, flächendeckenden Breitbandverkabelung mit Glasfaser setzte den Dialog vom ersten Besuch fort.



Darüber hinaus konnten wir uns beim Besuch des landwirtschaftlichen Hofes meines Kollegen Karl Rombach in Schonach und einer anschließenden, ausgiebigen Wanderung rund um den Bränd in Furtwangen unter Führung von Bürgermeister Kaiser aus Donaueschingen von den Besonderheiten und dem landschaftlichen Reiz des Bregtals überzeugen. Im Rahmen meiner Nominierung als CDU-Direktkandidat für die Bundestagswahl im kommenden Jahr in Schonach konnten meine Berliner Mitarbeiter darüber hinaus viele persönliche Gespräche mit den anwesenden CDU-Stadt- und Ortsvorsitzenden führen und bereits seit Jahren bestehende Kontakte vertiefen.



Politische Bildungsfahrt in die Bundeshauptstadt

In der Sommerpause habe ich eine Gruppe von 50 politisch interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises im Rahmen einer vom Bundespresseamt organisierten Informationsfahrt in die Bundeshauptstadt

eingeladen, damit diese sich vor Ort über die wesentlichen Entwicklungen in Politik und Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart informieren können. Meine Gäste, die sich vornehmlich im Jugendgemeinderat St. Georgen, bei den Landfrauen St. Georgen, beim Sozialverband VDK Villingen-Schwenningen und der CDU Hüfingen-Fürstenberg engagieren und aus St. Georgen, Hüfingen, Unterkirnach, Donaueschingen, Villingen-Schwenningen, Triberg, Mönchweiler, Brigachtal, Königsfeld und Bad Dürrenheim stammen, hieß ich zu Beginn des Besuchs im Deutschen Bundestag persönlich im Paul-Löbe-Haus willkommen. Bei einem ausführlichen Gespräch gab ich Ihnen zunächst einen Überblick über den üblichen Ablauf einer Sitzungswoche und über die vielfältigen Aspekte meiner bundespolitischen Arbeit. Dabei kam die große Fülle der Aufgaben und Themenfelder zum Ausdruck, mit denen ich mich als Abgeordneter befasse. Ein Besuch von Plenarsaal und Kuppel im Reichstag rundete den Besuch im Parlament ab. Das sehr facettenreiche Programm des Bundespresseamtes beinhaltete darüber hinaus unter anderem ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt, ein Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg, eine Führung im Stasi-Museum sowie eine Stadt- und auch eine Schiffrundfahrt, bei denen die Entwicklung Berlins unter politischen Aspekten sehr anschaulich nähergebracht wurden, ab.



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU